

Gemeinsame Forderung: Freie Wahlen!

Briefe an die Außenminister — Deutliche Worte des Westens

Berlin (Eigenbericht). Der Ruf nach freien Wahlen in ganz Deutschland wird nie mehr verstummen. Die Außenminister der Westmächte haben auf der Berliner Konferenz die Forderung der mitteleutschen Arbeiter vom 17. Juni aufgenommen. Es vergeht kein Tag, an dem sie nicht dem sowjetischen Außenminister Molotow entschieden erklären, daß der Weg zur Lösung des Deutschland-Problems und damit der übernationalen Spannungen überhaupt nur über freie Wahlen führt.

Vergeblich hat der sowjetische Außenminister versucht, von dieser Grundforderung abzulenken oder sie zu umgehen. Er schlug eine Volksabstimmung über die Frage „Friedensvertrag oder EVG?“ vor, er präsentierte einen Deutschland-Plan, der eine provisorische Regierung und Abzug der Besatzungstruppen vor freie Wahlen stellen möchte, er macht teilweise geradezu hilflose Ausflüchte — die Westaußenminister sagten ihm jedesmal sofort, wie durchsichtig diese Manöver seien und daß sie nur bewiesen, wie sehr Moskau eine freie Entscheidung der Bevölkerung Mitteldeutschlands fürchte.

Glatt hinweggefegt . . .

„Warum will die sowjetische Delegation sich nicht mit den Realitäten der freien deutschen Wahlen befassen?“ fragte Außenminister Eden anfangs noch zurückhaltend. Später erklärte er: „Herr Molotow hat zweifellos erkannt, daß das Regime in der Sowjetzone durch freie Wahlen hinweggefegt würde. Daher will er freie Wahlen verzögern. Herr Molotow wünscht, daß freie Wahlen erst in dem Augenblick stattfinden, in dem ihr Ausgang von vornherein feststeht. Das ist nicht das, was wir unter freien Wahlen verstehen.“ Der Abzug der Besatzungstruppen werde von Molotow nur gefordert, um die Wahlen dann unter dem Druck der Volkspolizei durchzuführen.

Außenminister Dulles legte einen Beweis für die Auffassung Moskaus von „freien Wahlen“ direkt auf den Konferenztisch: einen Stimmzettel der letzten sowjetzonalen „Volkswahl“. Damals habe der Wähler sich nicht frei entscheiden können: „Mit Nein konnte man nicht stimmen. Es gab sogar nicht einmal die Möglichkeit, sein ‚Ja‘ in den Stimmzettel einzutragen.“ Dulles erklärte weiter: „Ich kann nur glauben, daß Molotow in ganz Deutschland Wahlen im Sinn hat, bei denen jedermann gezwungen wird, einen Stimmzettel einzuwerfen, der von den staatlichen Behörden vorbereitet ist.“ Und ein anderes Mal:

„Mein Haupteindruck ist der: Herr Molotow hat Angst vor wirklich freien Wahlen in der Ostzone. Er hat Angst, daß die 18 Millionen Deutschen in der Ostzone, im Falle sie sich frei ausdrücken können, in ihrer überwältigenden Mehrheit das augenblickliche, ihnen aufgezwungene Regime ablehnen würden. Herr Molotow hat guten Grund, Angst zu haben.“

Nach dem sowjetischen Plan würden die gesamtdeutschen Wahlen genau so vor sich gehen wie die „Wahlen“, die Pankow an die Macht gebracht haben: „Herr Molotow ist zu intelligent, um zu glauben, daß die Bevölkerung oder die Regierung von Westdeutschland seine Vorschläge annehmen oder daß die

drei Westmächte ihnen ihre Annahme empfehlen würden.“

Kein Übereinkommen

Der französische Außenminister Bidault betonte, wenn Molotow nicht freien Wahlen als erstem Schritt zur deutschen Wiedervereinigung zustimme, sei ein Übereinkommen in der deutschen Frage unmöglich.

Die Notwendigkeit, eine deutsche Regierung zu bilden, unterstrich Bidault mit folgenden Worten:

„Wenn man will, daß der Friedensvertrag mit Deutschland wirklich dem Frieden dient, dann muß er von Deutschland selbst angenommen werden. Er muß also mit seinen rechtmäßigen Vertretern frei verhandelt werden. Ein aufgelegter Friede steht außer Frage, er wäre unzeitgemäß und unvernünftig. Wenn aber eine Regierung ihr Volk rechtmäßig vertreten soll, dann muß sie aus freien Wahlen hervorgegangen sein.“

„Was fürchtet denn die Sowjetunion von freien gesamtdeutschen Wahlen, von denen wir wissen, daß sie vom ganzen deutschen Volk schlichlich erwartet werden?“ fragte Bidault. „Warum kann die Sowjetunion nicht mit der gleichen Ruhe wie wir dem Urteil des deutschen Volkes entgegensehen?“

Bevölkerung greift ein

In den letzten Tagen hat die Bevölkerung der Sowjetzone selbst wieder aktiv in den Kampf um freie gesamtdeutsche Wahlen eingegriffen: Laufend treffen Briefe aus der Sowjetzone bei den westlichen Außenministern ein, in denen ver-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Erstarrte Pläne und Punkte?

WG. Man soll gewiß aus der Geschichte lernen, am meisten die Staatsmänner, die sie gestalten. Aber man soll die Geschichte nicht lernend mißbrauchen, wie es Molotow soeben auf der Berliner Konferenz getan hat. Er stellte die Frage, ob es möglich sei zu vergessen, daß in Deutschland die Machtübernahme Hitlers auf parlamentarischem Wege vorbereitet worden sei. Das war sein Haupteinwand gegen den Eden-Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands, der auf freien Wahlen und weiter auf den traditionellen Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie beruht. Molotow meinte, daß die Wiederherstellung dieser Demokratie „zu einem neuen gefährlichen Abenteuer“ führen könnte. Er meinte deshalb das geeinte Deutschland lieber in den Stand einer „Volksdemokratie“ überführen. Eine zielbewußt auf ganz Deutschland ausgedehnte Mitherrschaft und schließlich Alleinherrschaft des Kommunismus soll Moskau zum stillen Teilhaber der deutschen Politik machen. Das ist der Sinn des von ihm vorgelegten Planes.

Ewige Wiederkehr des Gleichen?

Die Theorie Molotows beruht auf der seiner Intelligenz widersprechenden Annahme, daß die Geschichte die ewige Wiederholung des Gleichen sei. Auch seine Deutung der Entwicklung, die Hitler an die Macht führte, ist zu einfach, als daß er selbst sie glauben könnte. Der Erfolg des Diktators war vielmehr die Wirkung einer Vielfalt von Ursachen. Hitler kam nicht, weil „Monopolisten und Konzernherren“ ihn gerufen hatten, sondern er kam vor allem deshalb, weil das auch auf der Berliner Konferenz verurteilte Versailler Diktat Deutschland in einen Zustand politischer, wirtschaftlicher und nationaler Not versetzt hatte, der es Hitler leicht machte, mit falschen Tönen an das patriotische Gefühl zu appellieren. Aus diesen Zusammenhängen ist heute wirklich einiges zu

lernen. Auch die von Moskau befehligte Fünfte Kolonne des Kommunismus in Deutschland hat mit der von ihr geschürten Unordnung sehr viel zu dem Gelingen Hitlers beigetragen. Der entscheidende Vorgang in dieser Entwicklung aber war schließlich nicht der durch manches Versagen möglich gewordene Mißbrauch der Demokratie auf dem Wege zur Macht, sondern vielmehr die revolutionäre Beseitigung der parlamentarischen Demokratie durch Hitler.

Erst dann war der Weg in das ganz große Abenteuer frei, auf dem schließlich auch der Trinkspruch eine Rolle spielte, den Stalin im Kreml in der Nacht vom 23. zum 24. August 1939 „auf die Gesundheit des Führers“ ausbrachte. Das hat Molotow gewiß nicht vergessen, denn er stand dabei, und er selbst trank „auf das Wohl des Herrn Reichsaußenministers“, der Ribbentrop hieß. Sie haben beide auf die falsche Gesundheit getrunken, und die Deutschen waren zumeist darüber entsetzt. Viele von ihnen ahnten nämlich, was mit dem Hitler-Stalin-Pakt, den dieser Trinkspruch besiegelte, ausgelöst werden sollte. Nicht eine parlamentarische Demokratie, die Molotow deshalb dem geeinten Deutschland versagen will, sondern eine totalitäre Diktatur hat unter wohlwollender Duldung einer anderen totalitären Diktatur das Weltunglück ausgelöst, das die vier Außenminister jetzt in Berlin wieder einmal zu bereinigen suchen. Molotow war damals wie heute dabei — er sollte am ehesten aus der Geschichte gelernt haben.

Innere Selbstbestimmung

Was der sowjetische Delegationsführer so kategorisch ablehnt, nämlich die aus freien Wahlen hervorgehende Regierungsform der parlamentarischen Demokratie, ist in Wirklichkeit heute die einzige politische Lebensordnung, die wir uns in Deutschland wünschen und vorstellen können. Es gibt für sie gewisse verfassungsrechtliche Varianten, wie ein Blick auf England, Frankreich und die USA zeigt. Es gibt bessere und schlechtere Lösungen, unter denen wir die für Deutschland beste verwirklichen

wollen. Das Prinzip jedenfalls ist unantastbar und einem Kompromiß entzogen. Wir werden unerbitlich an ihm festhalten und auch jede Verwässerung ablehnen, die Moskau zur kommunistischen Durchdringung Deutschlands durch gewisse Bestimmungen des Friedensvertrages herbeizuführen sucht, — z. B. durch die Klausel, daß „demokratische“ Parteien und Massenorganisationen volle Publikations- und Betätigungsfreiheit haben müssen. Jede solche Bestimmung im Friedensvertrag könnte Moskau ein Interventionsrecht einräumen und immer wieder zu neuem Streit und Unfrieden führen. Was in Deutschland demokratisch ist, das bestimmen nicht sowjetische Regierungen, sondern in Übereinstimmung mit den Traditionen der freien Welt wir Deutschen selbst. In dieser Hinsicht kann Moskau nur zu dem alten Grundsatz zurückkehren, den einmal der sowjetische Geschäftsträger in Berlin in den Vorverhandlungen zum Hitler-Stalin-Pakt dem damaligen Staatssekretär von Weizsäcker mit der Feststellung erläuterte, daß man zwischen innenpolitischen Maximen und außenpolitischer Einstellung eine sehr reinliche Scheidung vornehmen müsse. Moskau habe bereits gezeigt, so fügte er hinzu, daß sein Verhältnis zu solchen Ländern, in denen der Kommunismus „keine Gnade“ finde, ein sehr gutes sein könne. Das sollte, meinen wir, dann erst recht doch gegenüber einem Lande wie Deutschland gelten, in dem der Kommunismus alle Gnaden der Freiheit genießt und nur daran „leidet“, daß er von der öffentlichen Meinung völlig abgelehnt wird.

Auflockerung noch möglich?

Aber diese ganze Auseinandersetzung über die äußere Freiheit und innere Selbstbestimmung Deutschlands gehört noch zum deklamatorischen Teil der Konferenz, der bald hoffentlich auch in der Deutschlandfrage von dem unmittelbaren Gespräch geschlossener Beratung abgelöst wird. Bisher stehen Plan gegen Plan und Punkte gegen Punkte, und zwischen erstarrten Fronten ist noch keine Brücke, kein Aus-

(Fortsetzung auf S. 3)

Moskau will ausweichen

In den verschiedensten Versionen beschuldigt Molotow die Westmächte mit ihren EVG-Absichten der Kriegsvorbereitung. Er versteift sich auf dieses EVG-Thema mit den alten Argumenten, bei völligem Mangel an Originalität. Seine Reden, die dann in breitester Ausführlichkeit in der sowjetischen Pressekonferenz wiederholt werden, haben so zahlreiche propagandistische Formulierungen, daß sich der Eindruck verstärkt, Molotow bezwecke überhaupt Propagandawirkungen statt Konferenzdiskussionen und Konferenzergebnisse.

Molotows neuer Vorschlag ist ein erneutes Ausweichen vor freien Wahlen, die von den Westmächten längst zur Debatte gestellt wurden. Zuerst forderte Molotow eine Fünfer-Konferenz, dann eine Weltabrüstungs-Konferenz und nun eine Volksabstimmung. Immerhin ist er damit in die Nähe des deutschen Kernproblems gerückt: er beschäftigt sich schon thematisch, wenn auch nicht praktisch und konstruktiv, mit der deutschen Sicherheitsfrage. Friedensvertrag oder Verteidigungsgemeinschaft — darüber soll eine deutsche Volksabstimmung entscheiden. Das ist aber keine Alternative. Wir wiesen bereits an dieser Stelle Molotows

Konstruktion als rhetorisches Wortspiel zurück, daß sich Friedensvertrag und Militärvertrag unvereinbar gegenüberstehen. Das deutsche Volk will die vertragliche Regelung des Friedenszustandes und die vertragliche Regelung seines Sicherheitsbedürfnisses. Schon aus diesem Grunde ist es unrealistisch, eine Volksabstimmung über Gegensätze zu konstruieren, die keine sind. Im übrigen muß Molotow daran erinnert werden, daß am 6. September die Wahlen in Westdeutschland durchgeführt wurden im Zeichen des Für oder Wider die EVG, wobei das Für den überraschend großen Sieg davontrug.

Aber gesetzt der Fall, man würde sich zu einer Volksabstimmung entschließen, so stellt sich sofort die zweite Frage: Wie soll die Abstimmung durchgeführt werden? Wer garantiert

die Freiheit der Abstimmung? Selbst dieser illusorische Molotow-Vorschlag stößt an die Hauptforderung nach Freiheit der Wahl und Stimmabgabe. Molotow weiß um die Wirksamkeit des Freiheits-Prinzips. Er versucht, sich den Freiheitsbegriff umgewertet dienstbar zu machen und ihn der Gegenseite abzusprechen — eine Methode, die selbst kleinste Parteidreher mit einigem Geschick zu handhaben wissen. Molotows ständige Klage, Deutschland werde durch die deutsch-alliierten Verträge nicht „frei“, ist ein Versuch, die westliche Demokratie mit ihren eigenen Waffen zu schlagen und somit auch die vom Westen geforderten freien Wahlen als unfrei zu diskreditieren. Die Sowjetdelegation hat sich hierauf versteift; die eindeutigen Erklärungen der Westmächte, daß ein vereintes Deutschland an die Verträge nicht gebunden ist, wird nachdrücklich von Molotow bestritten.

„Grüne Woche“ war ein Erfolg

424 000 Besucher trotz Reisebeschränkungen

Berlin (Eigenmeldung). Noch am letzten Tage hatte die „Grüne Woche“ einen Massenandrang zu verzeichnen, 62 000 Besucher wurden am Sonntag gezählt. Damit erreichte diese Landwirtschaftsschau insgesamt

424 000 Besucher, darunter 194 000 aus dem Ostsektor und der Sowjetzone. Im Vorjahr hatte die „Grüne Woche“ 501 000 Besucher, davon 238 000 aus dem Osten. Die Ausstellungsleitung betont, daß die diesjährigen Besucherzahlen im Hinblick auf die strenge Kälte und die Reisebeschränkungen als ein Erfolg zu bezeichnen sind.

Bereits am Montag wurde mit dem Abbau in den Hallen begonnen, jedoch sollen Teile der Gartenschau für die am 12. März beginnende Wassersport-Ausstellung übernommen werden, um in diesem Jahr einen besonderen Überblick über das Campingenwesen geben zu können.

Der höchste Einsatz

(Fortsetzung von S. 2)

gleich und nicht einmal — außer gegenseitigen Zureden — eine tiefere Sondierung über die Möglichkeit einer solchen Auflockerung erfolgt. Unter dieser Möglichkeit verstehen wir in keiner Weise den Verzicht auf einen der Grundsätze, die als Ganzes die Einheit, die äußere Unabhängigkeit, die innere Freiheit und die Sicherheit Deutschlands bedeuten, sondern allenfalls Varianten der Form, in der unter Wahrung der Grundsätze das oberste deutsche Ziel verwirklicht werden könnte. Wenn jedoch diese Erstarrung in Plänen und Punkten und Fronten bereits das Endergebnis der Verhandlungen über Deutschland sein sollte, dann gehören wir weder zu denen,

die sich mit ihm einfach abfinden, noch erst recht zu jenen anderen, die es als natürlichen Ausdruck der heutigen Lage zwischen Ost und West sogar bejahen.

Wir empfehlen deshalb, daß die vier Außenminister über die Deutschlandfrage noch einmal tief nachdenken — das meinte übrigens auch Mr. Eden, — und dann in kleinem Kreise zu einem konkreten Gespräch übergehen. Man kann dabei selbstverständlich die so konträren Pläne und Punkte nicht einfach „mischen“, aber man kann wenigstens etwaigen Möglichkeiten zur Auflockerung der Fronten sehr ernsthaft nachspüren, bevor man feststellt, daß die Teilung Deutschlands — einfach besteht. Denn ihre Überwindung durch Wiedervereinigung

unter voller Wahrung der deutschen Freiheit und Sicherheit — nichts anderes! — war und ist auch heute noch der höchste Einsatz der Konferenz. Es wäre, da eine abschließende Regelung ohnehin nicht zu erwarten war, sehr viel gewonnen, wenn von Berlin aus wenigstens ein sichtbarer Entwicklungsprozeß beginnen könnte, der uns dem Ziele näher bringt.

„Bleibt fest!“

(Fortsetzung von Seite 1)

sichert wird, daß die Menschen in der Zone nichts anderes als freie Wahlen wünschen und daß die Unterschriftensammlung der SED zur Teilnahme einer gesamtdeutschen Delegation an die Viererkonferenz ein Betrug sei.

Allein bei dem amerikanischen Außenminister Dulles trafen innerhalb von zwei Tagen 500 solcher Briefe ein. Die Absender drückten ihren Beifall aus für den Standpunkt des Außenministers bezüglich freier gesamtdeutscher Wahlen als Voraussetzung für die deutsche Einheit. Sie forderten den amerikanischen Außenminister auf, fest zu bleiben und nicht nachzugeben“.

Die Antwort auf diese Briefe gibt entweder der Außenminister selbst oder sein Sonderberater Roderic L. O'Connor, und zwar unter Benutzung des auf dem Umschlag angegebenen Absenders in der gleichen Sprache, in der die Briefe abgefaßt wurden. Häufig ist die Absender eine Deckadresse.

SED-Besuch wurde ausgelacht

Bonn (AP). Der SED-Oberbürgermeister von Jena, Kunst, der in Begleitung des ehemaligen KP-Bundestagsabgeordneten Renner in Bonn eine Pressekonferenz veranstaltete, erregte dort große Heiterkeit.

Als er nach der akademischen Freiheit in der Sowjetzone gefragt wurde, erklärte er unter Gelächter der Teilnehmer, auf der Jenaer Universität könnte sogar Bundeswirtschaftsminister Erhard über „Die freie Marktwirtschaft“ dozieren. Auf die Frage eines Journalisten, ob in der Sowjetzone die Gründung einer Oppositionspartei möglich ist, erwiderte Kunst: „Dafür besteht kein Bedarf.“

Kunst hatte, ähnlich wie andere sowjetzonale Bürgermeister, in den letzten Tagen versucht, mit dem Bonner Oberbürgermeister und dem Rektor der Bonner Universität „über die Herstellung enger freundschaftlicher Beziehungen zu verhandeln, wurde jedoch nicht empfangen.

Zwei Pläne — zwei Welten

Berlin (AP). Eine Gegenüberstellung des britischen und des sowjetischen Plans zur Wiedervereinigung Deutschlands zeigt den Gegensatz zwischen beiden Auffassungen:

BRITISCHER PLAN

1. Freie Wahlen in ganz Deutschland.

2. Einberufung einer Nationalversammlung, die aus diesen Wahlen hervorgegangen ist.

3. Ausarbeitung einer Verfassung und Vorbereitung der Friedensvertragsverhandlungen.

4. Annahme der Verfassung und Bildung einer Gesamtdeutschen Regierung, die die Friedensverhandlungen zu führen hat.

5. Unterzeichnung und Inkrafttreten des Friedensvertrags.

SOWJETISCHER PLAN

1. Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung durch die Parlamente der Sowjetzone und der Bundesrepublik unter „breiter Teilnahme demokratischer Organisationen“.

2. Vorbereitung und Durchführung gesamtdeutscher Wahlen durch die Provisorische Regierung.

3. Vertretung Deutschlands bei der Vorbereitung des Friedensvertrages durch die Provisorische Regierung.

4. Unverzügliche Einberufung einer Konferenz „bevollmächtigter Vertreter Ost- und Westdeutschlands“, um über das Verfahren zur Bildung einer Provisorischen Regierung übereinzukommen.

5. Abzug der Besatzungstruppen aus ganz Deutschland vor Abhaltung der Wahlen. Beschränkte Kontingente „für die Erfüllung der sich aus den Kontrollaufgaben der vier Mächte ergebenden Überwachungsfunktionen“, werden zurückgelassen.

Holland in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

Den Haag (DPA). Die niederländische Regierung hat die EVG-Verträge und die Zusatzprotokolle unterzeichnet. Holland ist damit das erste der sechs europäischen Länder, das den Vertrag über die Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ratifiziert hat.

Versuche mit H-Bombe?

Washington (AP). Eine Reihe amerikanischer Atomwaffenversuche, bei der vermutlich auch erstmals eine Wasserstoffbombe zur Explosion gebracht wird, soll im März auf den Marshall-Inseln im Pazifik beginnen. Aus der offiziellen Ankündigung läßt sich entnehmen, daß eine reguläre Wasserstoffbombe wahrscheinlich von einem Flugzeug abgeworfen werden wird.

Der britische Luftmarschall

Sir John Slessor hat in einem Rundfunkvortrag davor gewarnt, ein Verbot von Atomwaffen zuzustimmen. Der Luftmarschall betonte, die Sowjetunion dränge vor allem deshalb auf ein Verbot der Atomwaffen, weil der Westen dann im Falle eines Krieges auf die herkömmlichen Waffen angewiesen sei. Dabei gebe aber die Zahl der Soldaten den Ausschlag, wobei die Sowjetunion zweifellos im Vorteil sein würde.

Schweiz kauft Düsenjäger

Bern (DPA). Um die Schlagkraft der schweizerischen Luftwaffe zu erhöhen, ersuchte der schweizerische Bundesrat das Parlament um die Zustimmung zur sofortigen Anschaffung von 100 Düsenjägern vom Typ „Venom“.

Neun Millionen Unterschriften?

Zwangsabstimmung in der Sowjetzone — Sammellisten und Haftbefehle

Neun Millionen Unterschriften und dazu die Forderung, Vertreter Mittel- und Westdeutschlands zu den Deutschland-Beratungen der Außenminister hinzuzuziehen — das ist der bisherige Beitrag Pankows zur Berliner Viererkonferenz. Mit einem zufriedenen Lächeln argumentierte der sowjetische Außenminister am Konferenztisch: Man solle die gewünschte Delegation zulassen — denn immerhin sei sie von neun Millionen Menschen gefordert worden. Was es mit diesen Unterschriften auf sich hat, wird in der folgenden Stellungnahme der Exil-CDU deutlich.

Im Auf und Ab der großen Konferenz war die SED-Resolution eine Episode, die am Rande blieb. Die von Molotow gewünschte „deutsche Vertretung“ war zu leicht zu erkennen als ein Versuch, die Beratungen über das Deutschland-Problem hinauszuzögern und, wenn möglich, das alte Schlagwort der SED „Deutsche an einen Tisch“ wenigstens am alliierten Konferenztisch durchzusetzen. Mit neun Millionen Unterschriften sollte Pankow demokratisch legitimiert werden. Sie sollten dazu dienen, die Unterdrückung der Bevölkerung, den Bruch der Regierung, die betrügerischen Einheitswahlen, die politischen Häftlinge in den Zuchthäusern, die Schauprozesse, den Hunger, den Mangel, die Verzweiflung von 17 Millionen Menschen zu verdecken.

Unehrlich und unecht

Lächelnd bot Molotow sie an. Aber so unehrlich das Ziel dieser Resolution war, so unecht waren auch die angeblichen neun Millionen Namenszüge darunter. Gewiß, wenn in einer Zone mit 17 Millionen Einwohnern in einer Großaktion der Staatspartei nur neun Millionen Unterschriften zusammenkommen, während sonst 99prozentige Erfolge selbstverständlich sind, ist das schon ein Anzeichen dafür, was sich hinter der Kulisse abgespielt hat. Aber Pankow hat natürlich gar nicht diese neun Millionen zusammenbekommen: Doppelt, drei- und vierfach stehen zahllose Namen unter der SED-Entschließung. Wenn aber eine Unterschrift als freiwillig abgegebene Stimme gilt, dann schmelzen die Millionen zusammen — bis vielleicht ein paar tausend Signaturen von SED-Funktionären übrigbleiben.

Nicht ein Dokument für den Willen der Bevölkerung, Bonn und Pankow an einem Tisch zu sehen, sondern ein neuer Beweis für den Terror in der Sowjetzone war die Unterschriftensammlung, die die SED für Moskau durchführte. Verzweifelte Weigerungen, Drohungen, erbitterte Diskussionen, Lebenwollen und Lebenmüssen, Gewissensnot und zahllose Verhaftungen sind der Hintergrund, auf dem nun Pankow die Millionen von Namenszügen präsentiert.

Im Schatten der Viererkonferenz ist nicht viel berichtet worden von der verzweifelten Abwehr der Menschen gegenüber dem Heer von SED-Funktionären, „Aufklärern“ — und SSD-Beamten, über die Unterschriftsliste und Haftbefehl sozusagen mit der gleichen Hand präsentierte: entweder — oder. Früher, als etwa die berüchtigten Unterschriften gegen westliche Atombombenproduktion gesammelt wurden, war die Wahl leichter. Was bedeutete schon ein Stück Papier. Aber eine Bevölkerung, die einen 17. Juni zum Ehrentag in der deutschen Geschichte werden ließ und die zu einer Wiedervereinigung in Freiheit drängt, zu freien Wahlen, kann nicht mehr so den'en. Wer einmal auf der Straße hinaus schrie „Weg mit Ulbricht!“ und dafür

sein Leben wagte, sieht selbst in einer Unterschrift für Pankow die letzte Grenze des Erträglichen.

Über Berlin und die Vorbereitungen der Viererkonferenz wurde berichtet bis ins letzte Detail. Was sich zur gleichen Zeit in der Sowjetzone abspielte, läßt sich kaum schildern: Die stillen und lauten Proteste der Arbeiter in den Betrieben gegen die Resolution und die Verhaftungen: drei, zehn, zwanzig Mann oft in einem Betrieb. Die wütenden Weigerungen der Hausfrauen gegenüber dem Hausbmann. Die Verfolgung jedes einzelnen, der von den Unterschriftensammlern förmlich gejagt wurde: im Betrieb, im Lebensmittelgeschäft, in der Wohnung, im Restaurant.

Kein Vorwurf

Nicht einem einzigen ist ein Vorwurf daraus zu machen, wenn er schließlich doch resignierte. Es lohnt nicht, um einer erpreßten Unterschrift willen die Heimat aufzugeben. So unterschrieben viele, Einmal, zweimal, dreimal, auch viermal — wo man ihnen eben die Liste hinhielt. Wer im Betrieb unterschrieben hatte, setzte mit bitterem Lächeln eben auch seinen Namen unter die Liste des Hausbmannes. Was zählte es schon noch in dieser ganzen schmutzigen, betrügerischen Aktion!

Neun Millionen Unterschriften. Sie existieren höchstens als ein neuer Posten im Kontobuch des SED-Terrors, das dann zugeschlagen werden wird, wenn in ganz Deutschland die Menschen ohne Furcht zur Wahlurne gehen können.

„Wahlen statt Parteitag!“

Berlin (Eigenmeldung). Im VEB Chemische Werke Buna kam es am 2. Februar zu schweren Zusammenstößen zwischen SED- und FDGB-Funktionären und mehreren Arbeitern, als eine Betriebsversammlung zur Vorbereitung des vierten Parteitages der SED abgebrochen

werden mußte, weil laute Zwischenrufe, wie „freie Wahlen und keine Parteitag“ erklangen. Es gab einen allgemeinen Tumult. Bei der Zwangsräumung des Saales durch Werksschutz kam es zu den tätlichen Auseinandersetzungen.

Zahlen über eine Tragödie

Struktur der Zonen - Flüchtlinge - 70 000 Kinder geflohen

Der Leiter des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin, Dr. Zimmer, gab neue Zahlen und Ausführungen zur Struktur der Sowjetzonen-Flüchtlinge. Demnach sind die jugendlichen und mittleren Jahrgänge weitaus am stärksten vertreten. Die Zahl der Personen über 65 Jahre beträgt knapp zwei Prozent, liegt somit weit unter dem Durchschnitt der Bevölkerung der Bundesrepublik.

Im einzelnen war im Jahre 1953 die altersmäßige Aufteilung der insgesamt 297 040 Personen, die die Berliner Notaufnahmestelle durchlaufen haben, folgendermaßen:

unter 6 Jahren 28 073

6 bis unter 14 Jahren	41 016
14 " " 18 "	35 403
18 " " 21 "	22 704
21 " " 25 "	18 796
25 " " 45 "	89 916
45 " " 65 "	55 125
65 Jahre und darüber	6 007
Zusammen:	297 040

Ein führender Sowjetagent berichtet

Rastoworow in US-Gewahrsam — Zweiter Fall Gusenko

Tokio (AP). Verlässliche amerikanische Militärkreise bestätigten, daß sich der unter geheimnisvollen Umständen aus Japan verschwundene sowjetische Diplomat Rastoworow in dem großen US-Stützpunkt Okinawa auf den Ryukyu-Inseln befindet. Er soll dort über alles aussagen, was er über die Tätigkeit des sowjetischen Geheimdienstes im Fernen Osten weiß.

Nach amerikanischen Quellen war Rastoworow Angehöriger des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes (MWD) im Range eines Oberstleutnants. Er muß danach eine maßgebliche Figur, wenn nicht die Spitze des sowjetischen Spionagerings in Japan gewesen sein, der die dortigen amerikanischen Stützpunkte zu überwachen hatte.

Unterrichtete Kreise Tokios glauben, daß der Übertritt Rastoworows zu den Amerikanern von so weittragender Bedeutung ist, daß er nur mit dem berühmten „Fall Gusenko“ verglichen werden könne. Gusenko, ein Chiffrierbeamter der Sowjetbotschaft in Kanada, hatte 1946 das Material geliefert, das zur Aufdeckung des sowjetischen Atomspionagerings in den USA und Großbritannien führte.

Größte Kirchenverfolgung

Köln (DPA). Der Kölner Erzbischof, Kardinal Frings, bezeichnete in Köln die gegenwärtige Kirchenverfolgung im

Osten als die bisher größte und umfassendste in der Geschichte der katholischen Kirche. Bisher seien drei Bischöfe und 80 Priester hingerichtet und ermordet worden oder im Gefängnis verstorben, 51 Bischöfe und rund 2500 Priester lebten in Unfreiheit, während 6 Bischöfe und 1850 Priester sich im Exil aufhalten mußten.

Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, Kontakt mit den sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. Hillebrecht, Walter, wohnhaft in Gotha in Thüringen, Siebleber Wall 6, Direktor der Deutschen Notenbank.

2. Hiller, Franz, etwa 65 Jahre alt, wohnhaft in Könnern im Saalkreis, Mitglied der KPD/SED und Funktionär. Ist insbesondere verdächtig, ihm durch Mittelsmänner zugetragene Berichte über sogenannte reaktionäre Umtriebe, vor allem aus Betrieben, über weitere Mittelsmänner dem sog. Staatssicherheitsdienst zuleiten zu lassen.

3. Höse sen., etwa 55 Jahre alt, wohnhaft in Falkenberg Kr. Bad Liebenwerda, Mitglied der SED und Funktionär, Eisenbahner und tätig im Bahnbetriebswerk.

4. J o g a d e, Werner, wohnhaft in Berlin N 4, Schröder-

Von den Flüchtlingen waren 151 959 männlichen und 145 081 weiblichen Geschlechts.

Hinsichtlich der beruflichen Zusammensetzung sind in der ersten Hälfte des Jahres 1953 die landwirtschaftlichen Berufe sehr stark vertreten. Insgesamt liefen im ersten Halbjahr 1953 von 217 638 Personen 32 405 Angehörige landwirtschaftlicher Berufe das Notaufnahmeverfahren an. Für das ganze Jahr beträgt ihr Anteil 37 296 von insgesamt 297 040. Von diesen waren:

13 122 Selbständige,	
11 893 mithelfende Familienangehörige,	Familienangehörige
353 Angestellte,	
11 674 Arbeiter,	
254 Lehrlinge.	

Nach der Stellung im Beruf waren von der Gesamtflüchtlingenzahl:

23 482 Selbständige,	
14 259 mithelfende Familienangehörige,	Familienangehörige
40 050 Angestellte,	
99 725 Arbeiter,	
118 059 nicht erwerbstätig,	
1 470 Lehrlinge.	

Unter den Nichterwerbstätigen befinden sich 73 429 Kinder, Schüler und Studenten, 8776 Rentner und Pensionäre und 35 849 Hausfrauen ohne Beruf.

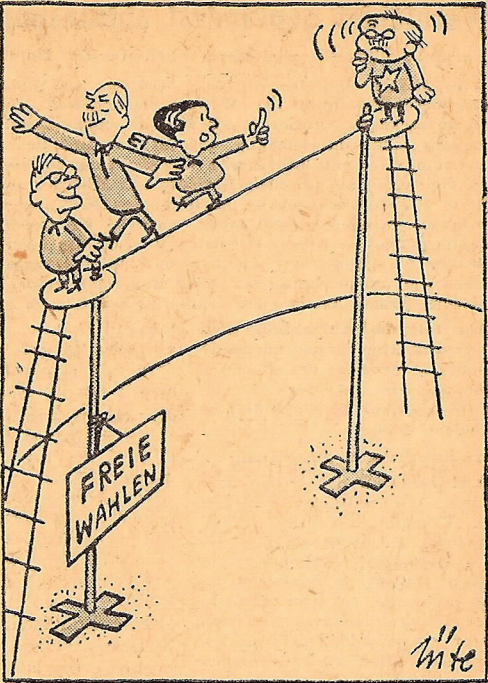
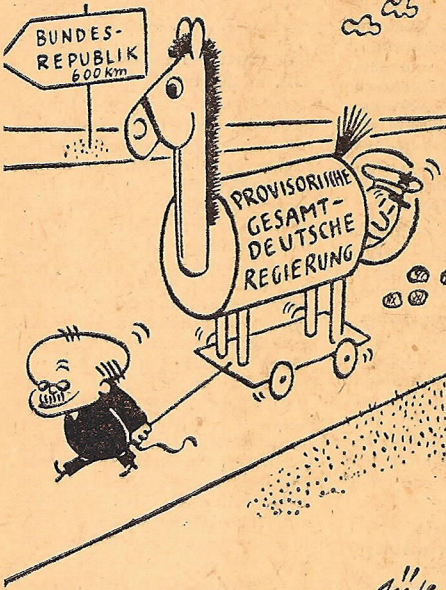
straße, Friseurmeister, Mitgl. der SED und der DSF. Ist verdächtig, Mitarbeiter des sog. Staatssicherheitsdienstes zu sein.

5. Belling, Hans wohnhaft in Berlin N 4, Gartenstraße 11, Malermeister, Mitgl. der SED und der DSF. Ist verdächtig, Mitarbeiter des sog. Staatssicherheitsdienstes zu sein.

6. Kaufmann, etwa 50 Jahre alt, wohnhaft in Groß-Schwaß Kreis Rostock, Bahnhofsvorsteher, Mitgl. der SED und Funktionär. Ist verdächtig, Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes zu sein.

7. Kleine, Theo, etwa 32 Jahre alt, wohnhaft in Salzwedel in Sachsen-Anhalt, Mitgl. der SED und vielfacher Funktionär. Ist verdächtig, Zuträgerdienste für den sog. Staatssicherheitsdienst zu leisten.

KLEINER Konferenz-Bilderbogen

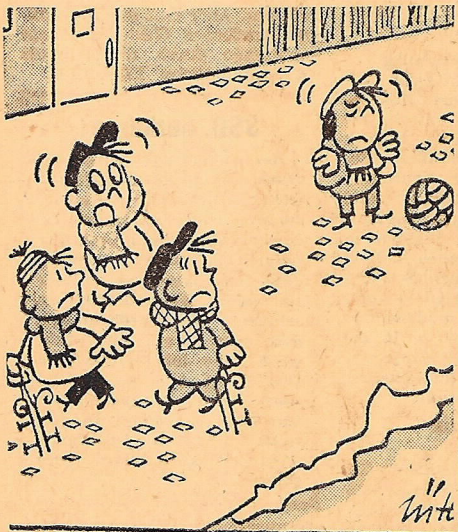


Wite

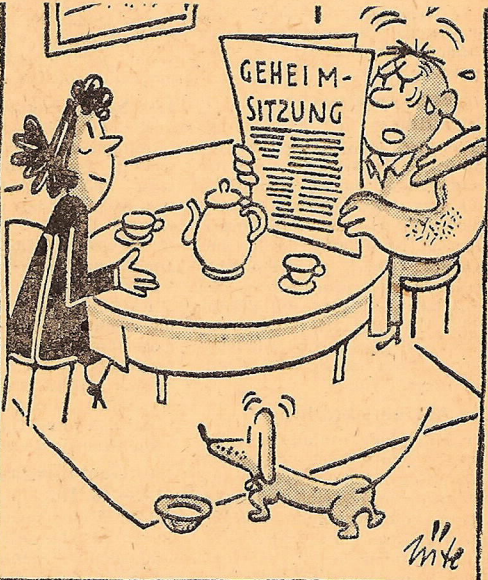
Wite

Wladimir Lomonossow Molotows Erfindung: Das trojanische Pferd!

Nicht schwindelfrei?



Wite



Wite

„Der heeßt nicht mehr Fritze, sondern Molotow, immer will er wat anderet!“

„Det wär ooch mein Wunsch, Molotow mal unter vier Augen zu sprechen!“

Vernichtet, geplündert, abtransportiert . . .

Übersicht über die schweren Verluste der Berliner Museen

Ägyptische Großplastik, antike Skulptur und Münzkunde, einst der besondere Stolz der Museen dieser Stadt, sind in Berlin nicht mehr zu studieren. Zu diesem erschütternden Ergebnis kommt eine Untersuchung, die im Auftrage des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen vorgenommen und jetzt in der Reihe der „Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland“ veröffentlicht wurde. Auch das Zeughaus und das Schinkel-Museum existieren nicht mehr, während die weltberühmte Gemäldegalerie im Kaiser-Friedrich-Museum den vierten Teil ihrer Bilder eingebüßt hat. Bomben und Plünderungen, vor allem aber die „Sicherstellungs“- und Beutemaßnahmen der sowjetischen Armee haben diese schmerzlichen Lücken gerissen.

Die folgende Aufzählung gibt in großen Zügen eine Übersicht über die Verluste der Berliner Museen, die allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

Die ägyptische Abteilung

im Erdgeschoß des Neuen Museums untergebracht, enthielt bei Kriegsbeginn rund 24 000 Objekte. In Wiesbaden, Celle und Ostberlin verblieben rund 16 000 Objekte, darunter die weltberühmte Nofretete. Von den kleineren Kunstwerken fehlt mehr als die Hälfte, von den größeren (über 70 cm) blieben nur vereinzelte übrig. Aus dem Zoobunker transportierten die Sowjets 50 große Einzelstücke in 17 Kisten ab. Der Münzbunker wurde völlig geleert: 220 größere Kunstwerke und drei Kisten.

Die vorderasiatische Abteilung

hatte durch den Krieg nur unwesentlich gelitten. Wieder für Museumsbesucher zugänglich sind u. a.: Ishtar-Tor, Prozessionsstraße von Babylon, Thronsaalfront Nebukadnezar II. Abtransport durch die Sowjets: 27 assyrische Flachreliefs aus Stein, etwa ein Dutzend Skulpturen, Goldschmuck von Uruk-Warka. Bronzen aus Luristan und die Sammlung der Roll- und Stempelsiegel.

Die Antikenabteilung

war eines der umfangreichsten Museen griechisch-römischer Kunst. Zu ihm gehörten auch der große und kleine Fries des Altares von Pergamon und das Markttor von Milet. Der Gesamtbestand belief sich auf über 60 000 Nummern. Übrig blieb ein Sechstel. Die Sowjets transportierten (zum großen Teil aus dem Zoobunker) zwei Drittel des

Bestandes der Antikensammlung ab, darunter die gesamte Skulpturensammlung, auch die Skulpturen des Pergamonaltars.

Die islamische Abteilung

besaß in der Mschatta-Fassade (8. Jh.) ihr bestes Stück. Sie wurde durch Bombentreffer schwer beschädigt, ist aber wiederhergestellt worden. Die wichtigsten Schaustücke der in Berlin verbliebenen Bestände wurden von den Sowjets abtransportiert.

Die frühchristlich-byzantinische Sammlung

umfaßte etwa 3000 Objekte. Das bekannte Mosaik von Ravenna, in den letzten Kriegstagen schwer beschädigt, wurde inzwischen restauriert. Die Sowjets transportierten von den im Museum verbliebenen Beständen umfangreiche Teile ab.

Die Skulpturenabteilung

gehörte zu den wichtigsten Abteilungen der Berliner Museen, weil sie die gesamte mittelalterliche und neuzeitliche Plastik des Abendlandes umfaßte. Wesentliche Teile der deutschen Groß- und Kleinplastik und rund zwei Drittel der italienischen Kleinbronzen blieben in Wiesbaden, einiges auch in Berlin, erhalten. Von den Sowjets verschleppt wurden eine Anzahl kostbarer deutscher und französischer Bildwerke, so z. B. die wertvolle „Gröninger Emporenbrüstung“, und Hauptstücke der italienischen Renaissance.

Die Gemäldegalerie (14. – 18. Jh.)

zählte zu den bedeutendsten Galerien überhaupt. Sie war eine umfassende Sammlung deutscher, niederländischer, italienischer, spanischer und französischer Meister in etwa 2900 Stücken. Fast die Hälfte ist in Wies-

baden erhalten. Ein Sechstel des Gesamtbestandes verbrannte im Bunker Friedrichshain, während der größere Teil des restlichen Drittels in Ostberlin untergebracht ist. Die Sowjets transportierten 230 Bilder ab.

Die Nationalgalerie

(19. u. 20. Jh.)

hatte ihre Bestände im Stammhaus auf der Museumsinsel und im Kronprinzenpalais untergebracht. Die Gesamtzahl betrug über 1800 Bilder. Von den Werken guter und bester Qualität blieb mehr als ein Drittel in Wiesbaden und Celle erhalten. Zusammen mit dem Restbestand in Ostberlin sind heute noch rund 1600 Stücke erreichbar. Das Übrige ging durch Brand, Plünderung und Abtransport verloren. Von den Skulpturen wurde rund ein Dutzend abtransportiert. Dagegen blieb der bessere Teil der Sammlung der Zeichnungen mit der Menzelsammlung in Ostberlin erhalten. Ein schwerer Verlust sind die 4000 Nummern des Schinkel-Museums, dessen Gesamtbestand in die Sowjetunion abtransportiert wurde.

Das Kupferstichkabinett

hatte internationalen Ruf. Erhebliche Verluste waren schon durch Brände in der Münze und im Bunker Friedrichshain eingetreten. Aber erst der Abtransport kostbarer Werke aus dem Zoobunker durch die Sowjets riß empfindliche Lücken.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers (Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Verlaggeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.